

ERASMUS+

Das Erasmus-Programm ging 1987 an den Start und feierte somit 2017 sein 30-jähriges Jubiläum. Seit 2014 wurden unter dem neuen Namen Erasmus+ neben dem Hochschul- und Studierendenaustausch auch die Programme für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport zusammengeführt. Fast 10 Millionen Menschen haben zwischen 1987 und 2017 mit Erasmus+ und seinen Vorgängerprogrammen in den Bereichen Hochschule, Schule, Berufsbildung, Erwachsenenbildung und Jugend Auslandsaufenthalte absolviert.

Erasmus+ soll einen Beitrag zur Strategie Europa 2020 für Wachstum, Beschäftigung, soziale Gerechtigkeit und Inklusion sowie zu den Zielen von ET2020, dem strategischen Rahmen der EU für allgemeine und berufliche Bildung, leisten.

Das Programm dient auch der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung seiner Partnerorganisationen im Bereich der Hochschulbildung und soll zur Verwirklichung der Ziele der EU-Jugendstrategie beitragen.

Konkrete Ziele:

- Reduzierung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit
- Förderung der Erwachsenenbildung, insbesondere für neue und auf dem Arbeitsmarkt benötigte Kompetenzen
- Motivation junger Menschen zur Teilhabe am demokratischen Leben in der EU
- Förderung von Innovation, Kooperation und Reform
- Senkung der Zahl der frühen Schulabgänger
- Förderung der Zusammenarbeit und Mobilität im Austausch mit Partnerländern der EU

Nach derzeitigem Stand ist für die Förderperiode 2021-2027 ein Gesamtbudget von 30 Mrd. Euro vorgesehen, was einer Verdopplung der finanziellen Ausstattung des Programms entspricht (für die Förderperiode 2014-2020 standen rund 14,8 Mrd. Euro zur Verfügung). Diese Summe muss in den Verhandlungen zum zukünftigen Mehrjährigen Finanzrahmen der EU jedoch noch bestätigt werden. Das Nachfolgeprogramm soll inklusiver werden, indem auch benachteiligte Zielgruppen und kleinere Organisationen stärker eingebunden werden sollen.

Die Halbzeitevaluierung von ERASMUS+, welche am 31. Januar 2018 von der EU-Kommission angenommen wurde, kommt zu dem Schluss, dass das Programm sehr effektiv ist. Es wurden bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern positive Effekte beim Übergang ins Berufsleben festgestellt, außerdem fühlten diese sich danach stärker als EU-Bürger. Neben den Effekten auf individueller und persönlicher Ebene zeigen sich auch positive systemische Folgen, z.B. bei der grenzüberschreitenden Anerkennung von Learning Outcomes.

Die Federführung innerhalb der Bundesregierung liegt aufgrund des Bildungsschwerpunkts beim BMBF. Für BMAS besonders relevant ist insbesondere der Austausch von Auszubildenden im Rahmen von ERASMUS+. Diese Zielgruppe ist bisher bei der innereuropäischen Mobilität noch deutlich unterrepräsentiert.

Deutschland ist, soweit bekannt, der einzige EU-Mitgliedstaat, der neben der europäischen Benchmark auch einen nationalen Benchmark zur Mobilität in der Berufsbildung formuliert hat. Der Bundestag hat im Jahr 2013 empfohlen, den Anteil

mobiler Auszubildender bis zum Jahr 2020 auf 10% zu steigern (der europäische Benchmark liegt bei 6%). Derzeit absolvieren knapp 5% aller Auszubildenden einen Auslandsaufenthalt. Damit ist die Mobilität in der Berufsbildung in Deutschland im EU-Vergleich hoch, allerdings noch deutlich vom gesetzten Benchmark entfernt.